

## **Antrag “Begrenzung von Sitzungsgeldern”**

### **Antragsteller:**

**Liberaler Hochschulgruppe Darmstadt**

*Das Studierendenparlament der Technischen*

*Universität Darmstadt möge beschließen:*

Die Präsidentinnen und Präsidenten des StuPa's erhalten 30€ statt bisher 100€ Sitzungsgeld.

Die Schriftführerinnen und Schriftführer des StuPa's erhalten 15€ statt bisher 100€ Sitzungsgeld.

### Begründung:

Es fällt auf, dass das Präsidium (zumindest bis zur Nachwahl) sehr oft wichtige Sachen, nach eigener Aussage: "vergessen hat", viel zu spät zu Sitzungen erscheint, Protokolle unregelmäßig unvollständig, Benachrichtigungen werden zu spät gegeben, Veröffentlichungen der Protokolle im Netz fanden sehr spät statt.

Insgesamt befindet die LHG den Arbeitsaufwand der Präsidentinnen und Präsidenten und Schriftführer nicht dem von ca. 10 Stunden und 10€/Stunde zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzung angemessen.

Die neue Höhe soll ein Vorschlag sein und sich am Arbeitsaufwand orientieren.

Bisher werden 4 mal 100€ pro Sitzung ausgegeben. Auf etwa 10 Sitzungen gerechnet ergibt das 4000€.

Unser Vorschlag reduziert die Diskrepanz des monetären Ausgleichs für das "EHRENAMT"

der Präsidiumsmitglieder wie der gewählten Mitglieder des StuPa. Der Zeitaufwand der anderen Mitglieder des StuPa's wird zur Zeit nicht berücksichtigt. Da diese jedoch ihre Arbeitszeit dementsprechend umlegen oder verzichten müssen zu arbeiten ist eine Vergütung von mehr als 30€ nicht zu rechtfertigen. Dies soll auch die Glaubwürdigkeit des StuPa erhöhen, sowie Mitglieder der politischen Hochschulgruppen motivieren Teil des demokratischen Systems an der Universität zu werden. Wir beobachten, dass gerade unter den Koalitionsparteien regelmäßig Mitglieder der Sitzung fernbleiben.

Mit der neuen Regelung würden in Zukunft 90€ pro Sitzung also 900€ in der Legislatur für das Präsidium vorgesehen. Insgesamt ließen sich somit 3100€ sparen mit denen man die Studierenden entlasten könnte.

Die Liberale Hochschulgruppe kritisiert die Selbstbereicherung auf Kosten der Studierenden durch die Koalition aus FACHWERK, CampusGrünen und Jusos HSG. Wir sind überrascht, dass FACHWERK trotz derselben Forderung in vergangenen Legislaturen bisher nichts unternommen hat, die willkürliche Erhöhung der Zahlungen an das Präsidium von damals 10€ zunächst auf 30€ (bis zum 22.11.2017) und danach nunmehr auf 100€ rückgängig zu machen.

*“Dabei ist es egal, ob die Sitzung 3 Stunden oder 15 Minuten dauert und ob die Vorbereitung besonders aufwendig ist oder nur aus dem Zusammenstellen einer Tagesordnung und dem Einladen besteht. Die Kosten des Studierendenparlaments werden damit von bisher 1500€ auf mehr als 5000€ pro Legislatur erhöht.” - FACKWERK 22.11.2017*

Und weiter:

*“Die Studierenden in den Fachschaften und Hochschulgruppen investieren viel Zeit und leisten unglaublich viel gute Arbeit, ohne dafür finanziell irgendwie entschädigt zu werden. Für viele ist die Selbstbedienung der Koalitionsparteien der blanke Hohn.” - ebd.*

*Es wird weiter darauf hingewiesen, dass sich die Fachschaftenkonferenz (FSK) erst kürzlich einen Ausgleich von 30€ für denjenigen der ausrichtenden Fachschaft bereitstellen möchte, der das Protokoll “formatiert”, damit es veröffentlicht werden kann. Der Betrag wurde bewusst gewählt. Ein höherer Betrag wurde einvernehmlich als zu hoch festgestellt.*